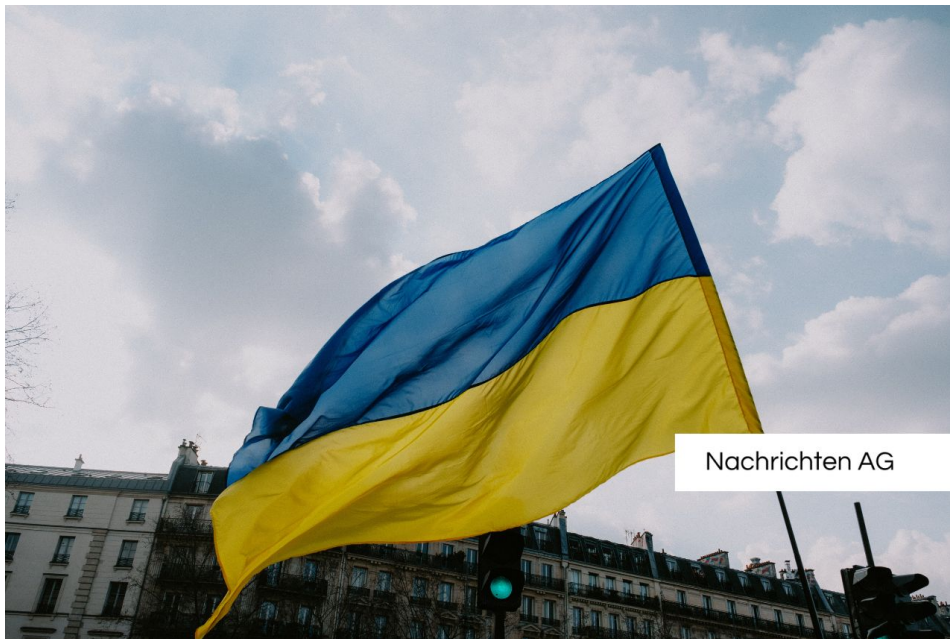


FPÖ-Kritik: 80 Euro nicht spürbar? Familien stehen vor enormen Herausforderungen!

FPÖ-Kritik an ÖVP und Teuerung: Schnabel fordert Unterstützung für Familien in Österreich. Fortschritte in der Familienpolitik im Fokus.



Amstetten, Österreich - Am 16. Mai 2025 äußerte sich der FPÖ Amstetten Bezirksobmann LAbg. Alexander Schnabel kritisch zu den jüngsten Aussagen des ÖVP-Politikers Hanger. Schnabel bezeichnete Hangars Äußerung, dass 80 Euro nicht spürbar seien, als familienfeindlich und warf der Bundesregierung vor, die stark steigenden Lebenshaltungskosten und die extreme Teuerung in Österreich zu ignorieren. Er forderte, dass mehr Unterstützung für österreichische Familien nötig sei, die seiner Meinung nach der Kern der Gesellschaft darstellen.

Schnabel kritisierte zudem die Investitionen der Regierung in die Asylindustrie und den Ukraine-Konflikt, die seiner Ansicht nach zulasten der heimischen Familien gehen. Die Forderung nach Neuwahlen im Bund hielt er für unausweichlich, da die derzeitige Bundesregierung versage, die dringend benötigte Unterstützung bereitzustellen.

Fortschritte in der Familienpolitik

Trotz der kritischen Stimmen aus der Opposition zieht die Familienministerin Susanne Raab eine positive Bilanz über Österreichs Familienpolitik vor dem Internationalen Tag der Familie am 15. Mai. Österreich hat sich in den letzten Jahren zu einem Vorreiter in der EU bei Familienleistungen entwickelt, wie eine Studie der Europäischen Kommission zeigt. Seit dem 1. Januar 2023 werden die Familienleistungen jährlich an die Inflation angepasst, und für 2024 steht eine Steigerung um 9,7 Prozent an.

Ein herausragendes Beispiel ist der Familienzeitbonus, der von 740 Euro auf rund 1.600 Euro mehr als verdoppelt wurde. Auch der Familienbonus Plus wurde auf 2.000 Euro erhöht. Zur Verbesserung der Situation von Familien wurde die Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeldkonto und der Beihilfe erweitert. Diese Maßnahmen sollen Familien gezielt unterstützen und entlasten.

Investitionen in die Kinderbetreuung

Der Bund investiert seit 2008 in die Kinderbetreuung und hat durch zahlreiche Maßnahmen die Besuchsquote bei Unter-3-Jährigen auf 32,1 Prozent verdoppelt. Bei den 3- bis 6-Jährigen ist die Quote von 86,6 Prozent auf 95,4 Prozent gestiegen. Insgesamt wurden rund 95.700 neue Plätze in der Kinderbetreuung geschaffen, um den Bedürfnissen der Familien besser gerecht zu werden.

Insgesamt fließen 4,5 Milliarden Euro in den Ausbau der

Kinderbetreuung, wovon die Unterstützung von Väterbeteiligung, unter anderem durch den Papamonat und einen Partnerschaftsbonus, entscheidend ist. Väter haben die Möglichkeit, bis zu 1.600 Euro als Familienzeitbonus zu erhalten. Auch der digitalisierte Eltern-Kind-Pass bietet kostenlose Elternberatung zu Themen wie Elternzeit und Teilzeit.

Um den Kinderschutz weiter zu stärken, wird ein neues Kinderschutzpaket eingeführt, das härtere Strafen für Täter vorsieht und die Fördersummen auf 1,2 Millionen Euro für 2024 verdoppelt. Gleichzeitig startet die Bundesregierung eine Kampagne mit dem Motto „Nein zu Gewalt“, um Kinder und Jugendliche zu stärken.

Zusätzlich hat die Bundesregierung drei Pakete gegen die Teuerung im Umfang von 32 Milliarden Euro geschnürt. Dazu zählen temporäre Maßnahmen wie 60 Euro zusätzlich pro Kind bis Ende 2024 für bestimmte Bezieher. Trotz dieser Fortschritte in der Familienpolitik bleibt die kritische Stimmen von Politiken wie Schnabel ein bedeutendes Thema in der öffentlichen Debatte.

Für weiterführende Informationen können Sie diesen Artikel auf der Seite von **OTS** sowie die Einschätzungen der **Bundesregierung** nachlesen.

Details	
Ort	Amstetten, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bundestkanzleramt.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at